

Gesprächsnotiz

Treffen mit dem grünen Bundesvorstand zu Handlungsmöglichkeiten gegen Abschiebungen nach Afghanistan

Anwesend: Michael Kellner (Buvo), Gesine Agena (Buvo), Katharina Müller (Flüchtlingsrat Berlin), Matthias Lehnert (Rechtsanwalt), Oliver Powalla (LV Berlin), Erik Marquardt (LV Berlin, Mitglied im Parteirat)*

Einschätzungen/Standpunkte

Die Initiator*innen der Afghanistan-Resolution (Mitgliederbegehren) begrüßen die Gesprächsbereitschaft des Bundesvorstands und der grünen Spitzenkandidaten. Ausgangspunkt der Initiative war das sogenannte Afghanistan-Papier aus der grünen Länderkoordination (G-Kamin). Die dortige Darstellung der Bedingungen unter denen grüne Landesregierungen afghanische Flüchtlinge abschieben wird als Bruch des faktischen Abschiebestopps in den letzten 12 Jahren aufgefasst. Dringend erforderlich ist deshalb eine Revision dieses Papiers. Die Spielräume der Grünen in den Ländern, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern, müssen deutlich herausgestellt werden, um deren Anwendung in der Folge auch gegenüber den Koalitionspartnern durchzusetzen.

Von Seiten des Flüchtlingsrats wird festgestellt, dass mit der gesunkenen Anerkennungsquote für afghanische Flüchtlinge auch die Qualität der Bescheide gesunken ist. Übersetzungen würden anders als zuvor fehlen, außerdem würden Textbausteine verwendet, die auf falschen Fakten beruhen, die den aktuellen Erkenntnismittellisten widersprechen. Derzeit sei die Verunsicherung der betroffenen Flüchtlinge dramatisch. Da es keine bundeseinheitlichen Standards für Abschiebungen nach Afghanistan gibt, sei ihr Schicksal an ihren zufälligen Aufenthaltsort und die dort vorherrschende Praxis der Behörden gebunden. Empfohlen wird sich weiter an den Beschlüssen der Innenministerkonferenz von 2005 zu orientieren, welche die Grundlage des zwölfjährigen faktischen Abschiebestopps darstellen. Zudem sei es nötig, das Rücknahmeabkommen mit Afghanistan auszusetzen.

Erik Marquardt betonte die große Unterstützung für afghanische Flüchtlinge, die er während seine Fotovorträge erfahren hat, auch von Wählern mit ansonsten konservativen politischen Ansichten. Wichtig sei es, die Haltung der Bundesregierung weiter zu skandalisieren: Neben der fragwürdigen Sicherheitsbewertung biete sich der unredliche Umgang mit ISAF-Mitarbeitern an oder die Abschiebung sogenannter Gefährder ohne vorherige Information der afghanischen Behörden. Für die grüne Glaubwürdigkeit sei es entscheidend, dass in den Ländern alle Handlungsmöglichkeiten, u.a. der 3-monatige Abschiebestopp, ausgereizt werden.

Von Gesine und Michael wird die Einschätzung geteilt, dass sich die Sicherheitslage dramatisch verschlechtert habe und Abschiebungen dorthin humanitär nicht zu vertreten sind. Michael Kellner macht dies u.a. auch daran fest, dass die Böll-Stiftung ihre Arbeit vor Ort weitgehend reduzieren musste. Bislang habe es dennoch insgesamt vier Sammelabschiebungen nach Afghanistan gegeben. Eine erste Recherche zur Abschiebepaxis in den grün mitregierten Länder hat folgendes ergeben:

- Schleswig-Holstein hat einen Abschiebestopp beschlossen.
- Bremen vergibt asylunabhängige Bleiberechte, aufgrund der unzumutbaren Sicherheitslage.
- Thüringen hat ebenfalls einen Abschiebestopp beschlossen, ausgenommen Straftäter, wobei die Letztentscheidung beim Innenminister liegt.
- BaWü und Hamburg haben Abschiebekriterien spezifiziert – Flüchtlinge müssen straffällig geworden sein, weniger als zwei Jahr in Deutschland sein und dürfen nicht krank sein oder

* Die Landesvertretung Baden-Württemberg war zum Treffen eingeladen, hat die Teilnahme aber abgesagt.

- einer ethnischen Minderheit angehören.
- Berlin hat erklärt nicht nach Afghanistan abzuschicken, allerdings gibt es keinen entsprechenden offiziellen Erlass des Senats.
- NRW hat nur sehr schwammige Kriterien aufgestellt, in deren Aufstellung Grüne nicht involviert waren.
- Aus Sachsen-Anhalt liegen keine Informationen vor. Der grüne Einfluss ist dort aufgrund der Zusammenarbeit mit SPD und CDU besonders gering.

Winfried Kretschmann hat bereits zweimal Briefe an Außenminister Gabriel mit der Forderung verschickt, die Sicherheitsbewertung der Bundesregierung zu verändern und das Rücknahmeabkommen auszusetzen – beide Ersuchen wurden abgelehnt. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hat darauf hin beschlossen: „Wir fordern den Bundesaußenminister auf, das Rückführungsabkommen mit der Islamischen Republik Afghanistan auszusetzen, da die Sicherheitslage in Afghanistan laut UNHCR-Bericht in höchstem Maße prekär ist. Abschiebungen sind in dieser Situation nicht zu verantworten.“

Michael Kellner erinnert in diesem Zusammenhang an die Praxis der rot-grünen Bundesregierung, NGO-Vertreter*innen in die Beurteilung der Sicherheitslage einzubinden. Im Entwurf des Wahlprogramms zu Bundestagswahl wird zudem der Vorrang der freiwilligen Rückkehr betont. Abschiebungen in Regionen, in denen humanitäre Standards nicht eingehalten werden, sollen ausgeschlossen werden. Im Kapitel FU-01 *Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge* heißt es im Entwurf: „Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.“

Handlungsoptionen

Über die Bundestagsfraktion werden Informationen eingeholt, die sich zur weiteren politischen Thematisierung dieses humanitären Skandals nutzen lassen. Die Fraktion hat eine kleine Anfrage zum genauen Ablauf der Flüge inkl. der Versorgung der Ankommenen in Kabul laufen und erwartet die Antwort noch vor Ostern. Zum Umgang mit ISAF-Mitarbeitern und der Information der afghanischen Behörden über die Abschiebung von Straftätern sollen Informationen eingeholt werden.

Desweiteren soll Druck auf das BAMF aufgebaut werden, damit die Qualität der Asylbescheide wieder steigt und aktuelle Lageinformation berücksichtigt werden. Grüne Partei und Flüchtlingsorganisationen können hierbei in dieselbe Richtung wirken.

Mit einem Änderungsantrag zum Wahlprogramm könnte auf Positivbeispiele beim Umgang mit afghanischen Flüchtlingen in den Ländern hingewiesen werden (insbesondere Bremen), um damit eine Vereinheitlichung grüner Regierungspraxis anzustoßen. Im Entwurf zum Wahlprogramm zu anderen Themen bereits auf grüne Vorzeigeprojekte aus den Ländern verwiesen – diese Systematik könnte auf die Flüchtlingspolitik ausgeweitet werden.